## Pressemitteilung

Mittwoch, 30. September 2015

## Eine Kürzung der Hartz-IV-Leistungen ist menschenunwürdig

Nationale Armutskonferenz fordert die Abschaffung von unwürdigen Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfänger

Köln. Die Nationale Armutskonferenz (nak) fordert die Bundesregierung auf, die Sanktionen der Jobcenter gegen Hartz-IV-Empfänger abzuschaffen.

Gleich drei Anträge hat die Opposition im Bundestag gestellt: Sie alle fordern ein Ende der Sanktionen, mit denen die Empfängerinnen und Empfänger von Hartz IV abgemahnt und abgestraft werden, wenn sie bestimmte Auflagen nicht eingehalten haben. Der Bundestag wird am morgigen Donnerstag (1. Oktober) darüber beraten.

"Mit den deutlichen Kürzungen bei den Hilfen für Langzeitarbeitslose seit 2010 wurde das Prinzip des Forderns und Förderns von der Bundesregierung in weiten Teilen einfach aufgegeben", so Hensel. "Für viele Langzeitarbeitslose gibt es dadurch keine echten Perspektiven mehr auf dem Arbeitsmarkt." Wenn Jobcenter trotzdem sanktionieren, so Hensel weiter, sei das nicht nur sinnlos, sondern nötige die Betroffenen, die häufig noch sehr jung sind, jede Arbeit anzunehmen. "Durch das Drängen in prekäre Beschäftigung aber wird Armut nicht überwunden."

Hensel macht zudem deutlich, dass die Sanktionspraxis das Gebot zum Schutz der Menschenwürde verletze. "Sozialleistungen wie Hartz IV müssen ein menschenwürdiges Existenzminimum gewährleisten – das hat das Bundesverfassungsgericht 2014 bekräftigt. Dieses Recht darf nicht unter Sanktions- oder Finanzierungsvorbehalt stehen."

Nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II führen bereits kleinere Regelverstöße, etwa ein verpasster Termin im Jobcenter oder die Ablehnung eines Ein-Euro-Jobs, stufenweise zu einer Absenkung des Arbeitslosengeldes II. Auch die Mietzahlung kann gestrichen werden, was Betroffene häufig in die Wohnungslosigkeit treibt.



Pressekontakt:

Markus Harmann

c/o Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln Georgstraße 7, 50676 Köln

Telefon 0221 2010-284 Telefax 0221 2010-130

<u>presse@caritasnet.de</u> <u>www.nationalearmutskonferenz.de</u>

Die Nationale Armutskonferenz (nak) ist im Herbst 1991 als deutsche Sektion des Europäischen Armutsnetzwerks (European AntiPoverty Network – EAPN) gegründet worden. Ihr Ziel ist, Bedürftigkeit in Deutschland zu minimieren. Mitglieder der nak sind: Arbeiterwohlfahrt Bundesverband, Armutsnetzwerk, Armut und Gesundheit in Deutschland, BAG Schuldnerberatung, BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit, BAG Wohnungslosenhilfe, Bundesbetroffeneninitiative wohnungsloser Menschen, Bundesverband Die Deutsche Tafel, Der Paritätische Gesamtverband, Deutscher Bundesjugendring, Deutscher Caritasverband, Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, BAG der Landesseniorenvertretungen, Gesundheit Berlin-Brandenburg.